

Neukölln für Alle!

Der Stachel informiert zu wichtigen Inhalten des Neuköllner Wahlprogramms für den 18. September.

Seite 4

Stachel-Spezial zur Energiepolitik

Wie jede_r zum Ausstieg aus der Atomenergie und zu mehr Energieeffizienz beitragen kann. Interview mit Klimaexpertin Regine Günther.

Seite 7

Bildungs- und Teilhabegesetz

BVV-Fraktionsvorsitzender Bernd Szczepanski beschreibt, warum das neue Gesetz ein bürokratisches Monster ist und fordert einen respektvolleren Umgang mit Leistungsempfänger_innen. Seite 8

MEHR MÄNNER IN DIE KITAS ?!

Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Erziehung

Geschlechtsspezifische Denkmuster sitzen ziemlich fest, und sie werden früh angelegt. Deshalb ist es gerade in der frühkindlichen Bildung und Erziehung wichtig, männliche und weibliche Vorbilder zu haben. Väter engagieren sich im allgemeinen heutzutage mehr in der Erziehung, und der Ruf nach mehr Männern in Kitas ist unüberhörbar.



Identitätsbildung im frühen Kindesalter

Kinder durchlaufen Ihre Identitätsentwicklung, also auch ihre geschlechtliche Identitätsentwicklung, schon ab den ersten Lebensmonaten bis zum Schuleintritt. Entscheidender als die biologische Determination und die geplante Pädagogik in der Kita ist das ‚Vor-leben‘ von Rollenbildern durch Erwachsene. Deshalb sind aus der Sicht vieler Pädagog_innen Männer in den Kitas wichtig, um den Kindern das Erleben von vielfältigen Rollen zu ermöglichen.

Äußerst wirksam sind in diesem Alter Bilder, in denen sich Botschaften zum Rollenverständnis ausdrücken. Werden hier Ergebnisse aus Analysen von Werbung gerade auch zu Kinderspielzeug betrachtet, ist festzustellen, dass sich hier im Rollenverständnis der Geschlechter in den letzten Jahren kaum etwas verändert hat. Playmobil ist eines der wenigen Beispiele für gegendertes Spielzeug; hier gibt es auch Piratinnen, Bauarbeiterinnen etc.. Trotzdem ist festzustellen, dass Kinder diese weiblichen Figuren beim Spielen als erste aussortieren; ein Hinweis auf bereits verinnerlichte feste Rollenklischees, denen sie natürlich auch folgen.

Am Beispiel von Werbeanalysen wird hinsichtlich der beruflichen Orientierung Folgendes deutlich: Frauen sind seltener in ihrer beruflichen Tätigkeit zu sehen; Frauen werden kaum in verantwortungsvollen beruflichen Positionen und Funktionen, z.B. als Vorgesetzte, dargestellt und Frauen erscheinen meist in häuslicher Umgebung.

Daraus ist zu schließen: Rollenbewusstsein entsteht unbewusst schon im Alter unter 3 Jahren und ist stark durch öffentlich präsentierte Bilder und das von Erwachsenen vorgelebte Rollenbild geprägt.

Das hat Auswirkungen auf das Selbstkonzept: Für Jungen bedeutet dies eine frühe Orientierung auf Status und Macht, eventuell verbunden mit Druck und Unsicherheit. Für Mädchen hat dies hingegen frühe Selbstbegrenzung zur Folge; eventuell verbunden mit häuslicher Orientierung auf ein tradiertes Familienbild.

Deshalb fordern wir: Diversity-Elemente in das Berliner Bildungsprogramm für die Kita integrieren!

Fachkräfte sollen die Bedürfnisse der Mädchen und Jungen ernst nehmen, ihre geschlechtliche Identität zu entwickeln und darzustellen. Häufig ist festzustellen, dass, wenn Jungen in Mädchenrollen schlüpfen, dies viel stärker wahrgenommen und oft auch häufiger diskriminiert wird als wenn Mädchen die Rolle von Jungen erproben. Oft sind angesichts solcher Entwicklungsprozesse gerade auch Eltern sehr besorgt. Diesen Prozess gilt es pädagogisch zu begleiten. Wir wollen, dass jeder Junge und jedes Mädchen in der Entwicklung der geschlechtlichen Identität bei Bedarf Unterstützung erfährt und auch seine / ihre Bezugsgruppen stärken. Eigene Vorurteile müssen bewusst gemacht und ein breites Spektrum an möglichen Geschlechterrollen muss vermittelt werden. Wir wollen Begegnungen mit realen Personen ermöglichen sowie eine geschlechterbewusste Auswahl von Materialien treffen. Darüber hinaus ist Geschlechtergerechtigkeit als grundlegendes Element im Bildungsverständnis zu implementieren. Dafür werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Anja Kofbinger

Mitglied des Abgeordnetenhauses, Direktkandidatin für Neukölln

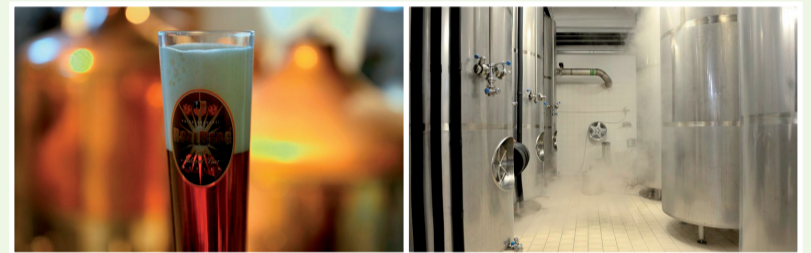
Obwohl das Netzwerk für Kinderbetreuung der Europäischen Kommission bereits 1996 vorschlug, dass bis zum Jahre 2006 20 Prozent der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen für Kinder Männer sein sollten (Netzwerk der EK, 1996), war ihr Anteil in Kitas mit 3,35 % bundesweit im Jahre 2008 sehr gering. Aktivitäten zur Erhöhung des Männeranteils brauchen gesellschaftliche und politische Unterstützung und müssen im Kontext der Qualitätsentwicklung und Professionalisierung von Kindertageseinrichtungen diskutiert werden. Fachlich ist eine Perspektive erforderlich, die Geschlechtergerechtigkeit in der Elementarpädagogik insgesamt in den Blick nimmt.

Deshalb müssen wir für die Zukunft folgende Fragen beantworten:

- » Wie ist Geschlechtergerechtigkeit/ Diversity im Berliner Bildungsprogramm für die Kindertagesbetreuung verankert?
- » Wozu brauchen wir mehr Männer in den Kitas?
- » Was verändert sich an der Arbeit in der Kita, wenn mehr Männer als Erzieher arbeiten?
- » Mit welchen Maßnahmen kann der Männeranteil in den Kitas erhöht werden?
- » Welche Rahmen- und Lernbedingungen machen die Ausbildung zum Erzieher für Männer interessant?
- » Wie müssen die Rahmen- und Arbeitsbedingungen in Kitas beschaffen sein, damit sich Männer für eine langfristige Tätigkeit als Erzieher entscheiden?

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Bier aus Neukölln



Quelle: www.rollberger.de

„Der Stachel? Ja, den kenn’ ich, der lag immer bei meiner Mutter in der Wohnung.“

Bei Nils Heins werde ich herzlich empfangen in der kleinen Privatbrauerei „Rollberger“. Seit 2009 gibt es wieder Bier aus Neukölln, gebraut an historischer Stätte, dort wo die Kindl-Brauerei 2005 ihren Betrieb einstellte. Gern erzählt Nils von dem wirtschaftlichen Abenteuer, auf das er sich mit dem in Neukölln geborenen Braumeister Wilko Bereit, der vom Geschäftspartner zum Freund wurde, eingelassen hat. Beide kannten sich aus im Biergeschäft, Nils als Vertriebsfachmann der Gastronomie, Wilko als Braumeister für kleine Hausbrauereien. Wilko wollte sich selbständig machen - als Braumeister, nicht als Wirt. Eine Hausbrauerei, das heißt eine Gaststätte mit eigener Bierherstellung, hätte letztlich überwiegend Kneipenbetrieb bedeutet. So entstand das Projekt einer Vertriebsbrauerei, die ihr Bier in Fässer füllt und an ausgewählte Lokale liefert.

Den beiden gelang es, für die Anschubfinanzierung ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, nicht zuletzt dank Fördermitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und einer Wirtschaftsförderung des Landes Berlin, das Bezirksamt Neukölln hat dabei unterstützend mitgewirkt. Die Investition war insgesamt nicht unerheblich, mit genauen Zahlen halten die beiden Unternehmer sich zurück. Von der Kindl-Brauerei haben sie in erster Linie die prominente Adresse übernommen, die Anlage steht zwar im alten Brauhaus, ist aber komplett neu und etwas bescheidener dimensioniert. Es reicht für mehrere hundert Liter pro Woche, ausgelastet ist man zumindest technisch noch lange nicht.

„Bitte Füße abtreten“ sagt Nils vor dem Betreten des Kellers, in dem die Anlage steht. Die Technik blitzt und blinkt in poliertem Edelstahl, vom Fußboden könnte man essen. In einem Hinterraum liegt der Rohstoff: Malz, geröstete Gerste, fast ausschließlich aus biologischem Anbau, in diversen Variationen von goldgelb bis dunkelbraun. „Wir können mehr als zwanzig verschiedene Biersorten“ sagt Nils, „zurzeit sind

fünf im Angebot.“ Auch der Hopfen stammt aus biologischem Landbau, das Wasser ist reinstes Berliner Stadtwasser – bekanntermaßen Mineralwasserqualität. Das Bier wird nicht filtriert und nicht pasteurisiert, es ist so, wie der Braumeister es selber trinkt.

Zurzeit wird der Braukessel nur ein bis zwei mal die Woche angefeuert, das frische Bier muss danach sieben bis acht Tage gären und sechs bis acht Wochen in den großen Edelstahltanks lagern und reifen. Dann wird es nach Bedarf in handelsübliche Fässer gefüllt und vom Braumeister selbst zu den Gaststätten gebracht. Die Fassreinigung ist die einzige automatische Komponente der Anlage, ansonsten erfolgt alles in Handarbeit.

Das geht nur mit viel Idealismus, denn diese Handarbeit leisten die beiden Inhaber überwiegend selbst – ohne sich ein Gehalt auszahlen zu können.

Außer ihnen beschäftigt der Betrieb noch eine Halbtagskraft für die Buchhaltung, einen Praktikanten in der Ausbildung zum Braumeister und eine gelernte Kellnerin für den Ausschank. Dort kann man das „Rollberger“ frisch gezapft genießen, wenn man den Weg gefunden hat. Die versteckte Lage ist Absicht, wie eingangs gesagt wollen Nils und Wilko keine Kneipenwirte sein.

Das „Rollberger“ gibt es nicht in Flaschen, aber es wird mittlerweile erfolgreich ausgeschenkt in diversen Lokalen Berlins, beispielsweise im Café Rix, im Syndikat, im Buckower Lindengarten, in der Weinbar Rutz, im Café Einstein, im Volt, im Restaurant April, in der Schillingbar oder der Marlene Bar. „Natürlich wünschen wir uns mehr Kunden, aber an jeden liefern wir nicht,“ betont Nils. Wenn ihr also demnächst irgendwo einkehrt, und „Rollberger“ steht auf der Getränkekarte, könnt ihr sicher sein, in einem Etablissement mit Niveau zu sitzen.

Schöne Bilder und Kontaktdaten findet ihr auf www.rollberger.de.

Martin Kupfer
Bezirksverordneter

BILDUNGS- UND TEILHABEGESETZ FÜR KINDER

Eltern unter Generalverdacht



Als im Februar 2010 der Bundesgerichtshof (BGH) die bisherige Berechnung der Regelsätze des Arbeitslosengelds II (umgangssprachlich als „Hartz IV“ bezeichnet) für verfassungswidrig erklärte, keimte bei Hartz-IV-Beziehenden Hoffnung auf, dass sich ihre Lebensbedingungen endlich verbessern würden. Der BGH hatte insbesondere bemängelt, dass die Sätze für Kinder nicht nach dem wirklichen Bedarf berechnet worden waren, sondern nur nach dem Alter gestaffelte prozentuale Anteile der Erwachsenensätze gezahlt wurden. Bis spätestens Ende 2010 sollte die Bundesregierung daher insbesondere für Kinder eine gerechtere, am tatsächlichen Bedarf orientierte Regelung umsetzen.

Was ist aus der sozial gerechten Anpassung der Regelsätze geworden?

Zunächst hat Frau von der Leyen die Regelsätze neu berechnen lassen – bedarfsgerecht natürlich und unter „Anpassung“ der Berechnungsgrundlagen. Und siehe da, es ergab sich eine „üppige“ Erhöhung um sage und schreibe fünf Euro monatlich! Aber damit nicht genug: Die Regelsätze für Kinder wurden überhaupt nicht an-

gepasst. Stattdessen sollte ein neues „Gesetz für Bildung und Teilhabe“ ihnen gleiche Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und so die Vorgaben des BGH erfüllen. Dahinter steckte vor allem eine Überlegung, die auch der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky nicht müde wird zu propagieren: Hartz-IV-Empfänger_innen sollte man möglichst kein Bargeld für ihre Kinder in die Hand geben – sie geben es entweder für Alkohol und Zigaretten aus oder kaufen sich einen größeren Flachbildfernseher!

Kinder sollen nunmehr Lernförderung bekommen, Mittagessen, Fahrgeld, Schul- und Kitaausflüge sowie zehn Euro im Monat z.B. für Musik- oder Reitunterricht und Sportverein. Die Eltern müssen nur den Antrag stellen, das Geld geht direkt an Schule, Kita oder Verein (siehe oben). Zusätzlich werden pro Jahr in zwei Raten 100 Euro für Schulmaterial gewährt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) war nicht entfernt in der Lage, das Gesetz rechtzeitig zum Jahresbeginn 2011 fertigzustellen, wie es der BGH gefordert hatte. Erst am 21. März trat es nach langen Verhandlungen mit den SPD-Ländern, die im Bundesrat zustimmen mussten, rückwirkend zum 1.1.2011 in Kraft. Die Grünen hatten ihre Mitarbeit an diesem Vorhaben eingestellt, nachdem klar war, dass die Umsetzung alle Beteiligten in ein unglaubliches Chaos stürzen würde. Tatsächlich ist am Ende ein Gesetz herausgekommen, das getrost als herausragend großer Murks in der Geschichte dieser an Peinlichkeiten

nicht gerade armen Regierung bezeichnet werden kann.

Rückwirkende Antragstellung notwendig

Um die Vorgabe des BGH zu erfüllen, konnten Berechtigte nach dem verspäteten Inkrafttreten rückwirkend für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März Anträge stellen, Fristablauf dafür war zunächst der 30. April. Als sich herausstellte, dass die Verunsicherung aufgrund der ständigen Änderungen bei den potenziellen Antragsteller_innen riesengroß war, dass Anträge nur im Internet zu finden und für Menschen mit geringer Sprach- und Lesekompetenz viel zu kompliziert waren, wurde über eine Verlängerung der Antragsfrist bis zum 30. Juni nachgedacht, inzwischen hat das BMAS sie im Bundesversorgungsgesetz festgeschrieben.

Ursprünglich war das BMAS davon ausgegangen, dass Antragstellung und Auszahlung beim zuständigen Jobcenter erfolgen sollen. Das Jobcenter Neukölln hatte bereits im Januar soziale Einrichtungen zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Erst Ende März wurde dann festgelegt, dass diejenigen Institutionen für Antragstellung und Bearbeitung zuständig sein sollen, die auch die Auszahlung der Leistungen vornehmen: Jobcenter für Arbeitslose, Wohngeldstellen für Wohngeld- und Kinderzuschlagempfänger, Sozialämter für Bezieher_innen von Grundsicherung oder Asylbewerberleistungen (für Letztere aber nur zum Teil, hier ist auch die zentrale Asylbewerberleistungsstelle zuständig).

Um das Chaos komplett zu machen, müssen Eltern, die z.B. Lernförderung für ihre Kinder beantragen wollen, sich zunächst von der Schule bescheinigen lassen, dass diese Förderung auch notwendig ist. In der Regel ist dafür mindestens eine „Fünf“ auf dem Zeugnis Voraussetzung oder die Gefahr, dass diese Zensur auf dem nächsten Zeugnis auftauchen könnte. Nach Genehmigung durch die auszahlende Stelle erteilt die Schule selbst die Lernförderung oder rechnet die Leistungen mit einer Nachhilfeeinrichtung ab und holt sich das Geld dann von der Leistungsstelle. Ein ähnliches Verfahren gilt für Schulausflüge. Das alles müssen Lehrer_innen und Schulsekretär_innen erledigen – offenbar sind sie nach Ansicht der Ministerin mit ihrer sonstigen Arbeit noch nicht ausgelastet. Sportvereine erhalten ihren Monatsbeitrag oder Musikschulen die Bezahlung für die Musikstunden auf Antrag der Eltern direkt von den oben genannten Institutionen – schließlich sollen die Eltern nicht mit Bargeld in Berührung kommen, wie wir wissen.

Vergessen wir nicht, dass für berechnete Kinder künftig auch der sogenannte Berlinpass von den Eltern beantragt und beim Bildungsträger oder Sportverein vorgelegt werden muss. Der Berliner Senat hat es erst Anfang Mai geschafft, die Trägerkarten für den Berlinpass an die Ausgabestellen zu verteilen – da war die ursprüngliche Frist für die rückwirkende Antragstellung schon vorbei.

Das B+T-Gesetz – ein Bürokratiemonster

Auf jeden Fall kommt auf Jobcenter, Bezirksämter, Schulen, Kindertagesstätten, Bildungsträger und Sportvereine eine unglaubliche Flut bürokratischer Vorgänge für

Antragsbearbeitung, Abrechnung, Auszahlung oder Widerspruchsverfahren zu, die mit den vorhandenen personellen Ressourcen unmöglich bewältigt werden können. Da hilft es auch nicht, dass z.B. das Bezirksamt Neukölln vom Senat sieben zusätzliche Stellen für das Bildungs- und Teilhabepaket bewilligt bekommen hat. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn allein in Neukölln gibt es etwa 25.000 Kinder, die ein Anrecht auf Leistungen haben.

Aus meiner Beratungstätigkeit in einer Neuköllner Einrichtung weiß ich, dass das Ausfüllen der Anträge viele Menschen überfordert, die nicht gewohnt sind, komplizierte Formulare zu verstehen oder Sprachschwierigkeiten haben. So wird dieses Paket gerade an jenen vorbeigehen, die es am Dringendsten brauchen. Meine Bitte im Sozialausschuss der BVV, die Abteilung Soziales solle Informationen über die Antragstellung an bedürftige Mitbürger_innen herausgeben, wurde von Sozialstadtrat Büge abgewiesen – die Betroffenen hätten schließlich eine „gewisse Holschuld“.

Der eigentliche Skandal neben all dem Bürokratie-Chaos ist jedoch, dass man Leistungsempfänger_innen unter den Generalverdacht stellt, sie würden Unterstützungsleistungen vertrinken oder verschleudern, wenn man ihnen das Geld bar auszahlt, anstatt es ihren Kindern zu Gute kommen zu lassen. Das ist menschenverachtend und unsozial. Aber eine solche Einstellung kennen wir nicht nur von CDU-„Sozial“ministerin von der Leyen, sondern auch vom Neuköllner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky. Es wird höchste Zeit für eine andere Politik!

Bernd Szczepanski
BVV-Fraktionsvorsitzender

Frühe Hilfen für Familien



Ab sofort arbeiten in Neukölln drei Familienhebammen. Sie begleiten junge Mütter und Väter bis zu einem Jahr nach der Geburt eines Kindes. Sie beraten und unterstützen bei der Förderung der Kinder in allen Bereichen, helfen bei Problemen und vermitteln im Bedarfsfall auch zu weiteren Hilfsangeboten.

Dies ist ein wichtiger weiterer Schritt für Neukölln auf dem Weg, Neuköllner Familien frühzeitig Hilfen anzubieten, um sie dabei zu unterstützen, ihre Kinder so zu fördern, dass sie gut aufwachsen.

Dieses neue gute Angebot für die Neuköllner Familien ist nur möglich

durch die großzügige Unterstützung der Stiftung „EINE CHANCE FÜR KINDER“. Das Jugendamt Neukölln kann dieses Projekt leider nur durch Beratung, Koordination und Hilfe bei der Einbindung in die bezirklichen Netzwerke und sein eigenes Hilfesystem unterstützen.

Das Jugendamt Neukölln finanziert und unterstützt zwar diverse Angebote, wie - um nur ein Beispiel zu nennen - das „FANN“ im Reuterkiez, ein Projekt zur Unterstützung und Beratung von Familien rund um die Geburt und in den frühen Lebensjahren ihrer Kinder, aber dies reicht bei weitem nicht aus. Eigentlich bräuchten alle Neuköllner Familien einen Anlaufpunkt in ihrer Wohnumgebung, den sie schnell und unkompliziert erreichen können. Dafür hat das Jugendamt Neukölln allerdings derzeit nicht die Mittel. Dabei wäre ein flächendeckendes Beratungsangebot für die Familien eine wichtige Investition in die Zukunft, die sich langfristig auch finanziell rechnen würde.

Eine frühzeitige Beratung und Unterstützung der Familien kann helfen, eine gesunde Bindung zwischen

Eltern und Kindern entstehen zu lassen, die eine notwendige Grundlage für eine gelingende Erziehung der Kinder ist. Familien, die Unterstützung bei ihren ersten Fragen und Sorgen, die alle jungen Eltern irgendwann haben, erhalten bevor aus diesen Sorgen echte Probleme werden, werden auch später bereit sein, sich rechtzeitig Hilfe bei Erziehungsproblemen zu holen. So können Kinderschutzfälle und die Notwendigkeit für das Jugendamt, Kinder aus ihren Familien zu holen und sie in Heimen oder Pflegestellen unterzubringen, deutlich reduziert werden.

Eine Arbeitsgruppe sachkundiger Führungskräfte aus verschiedenen Verwaltungsebenen im Berliner Jugendbereich hat ermittelt, dass 40 Mio € nötig wären, um in Berlin ein flächendeckendes Angebot mit Familienzentren bereitstellen zu können. Derzeit verfügen alle Berliner Jugendämter gemeinsam über etwa 7 Mio € für diese Aufgabe. Die nötige Summe von zusätzlich 33 Mio € klingt zunächst gewaltig, aber wenn man weiß, dass Berlin im letzten Jahr 300 Mio € dafür ausgegeben hat, Kinder außerhalb ihrer Familie

unterzubringen, erscheint diese Zahl in einem anderen Licht. Die Kosten für die Fremdunterbringung steigen auch von Jahr zu Jahr um mindestens 10 Mio € an und ein Ende dieser Kostensteigerungen ist nicht abzusehen. Anstatt dieser Entwicklung einer ständig steigenden Zahl von kaputten Familien hilflos hinterher zu hecheln, wäre es viel sinnvoller, rechtzeitig Unterstützung anzubieten und in ein gelingendes Familienleben und ein glückliches Aufwachsen von Kindern in ihren Familien zu investieren.

Der derzeitige Rot-Rote Senat zwingt die Berliner Jugendämter, lange hilflos zuzusehen, wenn die Kinder am offenen Brunnen spielen und finanziert erst die Mittel für eine teure Bergung und Wiederbelebung, wenn sie fast ertrunken sind. Lasst uns lieber in Brunnendeckel investieren als in teures Bergungsgerät und Intensivstationen, denn kein Kind soll verloren gehen!

Es lohnt sich, für eine Familienpolitik zu kämpfen, die auf Prävention setzt und für alle Familien und ihre Kinder da ist. Nur so hat Berlin eine gute Zukunft und wird Ein Berlin für Alle!

Gabriele Vonnekold
Jugendstadträtin
Neukölln

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Im Rahmen des „Langen Tages der Stadtnatur“ (18./19. Juni 2011) findet am Samstag, den 18. Juni, von 16:00 bis 18:30 Uhr eine Fahrradtour entlang der geplanten A100-Verlängerung unter dem Motto „Beton statt Biodiversität?“ statt.

Was wird aus der hundertjährigen Treptower Platanenallee, aus den grünen Höfen der Gründerzeitbauten, den unzähligen Kleingärten und Stadtrassen entlang der geplanten Verlängerung der A 100? Mit einer am S-Bahnhof Treptower Park beginnenden und über mehrere Stationen führenden Fahrradtour will die Bürgerinitiative BISS auf die drohende Zerstörung

wichtiger Lebensräume als Folge dieses Verkehrsprojektes aufmerksam machen. Was dem Treptower Abschnitt bevorstehen könnte, soll ein Abstecher zum 15. Bauabschnitt der A 100 verdeutlichen, dem damals fast die gesamte Wederstraße weichen musste.

Veranstalter: BISS-Bürgerinitiative Stadtring Süd
Leitung: Andrea Gerbode
Treffpunkt: S-Bhf. Treptower Park, Eingang Parkseite
Anfahrt: S Treptower Park
http://www.langertagderstadtnatur.de/

SCHÖNE AUSSICHTEN!
Langer Tag der Stadtnatur
am 18./19. Juni 2011



**Bündnis 90/Die Grünen,
Bezirksgruppe Neukölln**

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9,
12043 Berlin

Vi.S.d.P.:
Susanne Lippert
Tel: 0160-91 42 90 11

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe:
Sabine Bangert, Jürgen Biele, Michael Cramer, Matthias Holland, Janek Jonas, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Martin Kupfer, Willi Laumann, Susanne Lippert, Milena Oschmann, Monika Roth, Bernd Szczepanski, Gabriele Vonnekold, Bertil Wewer.

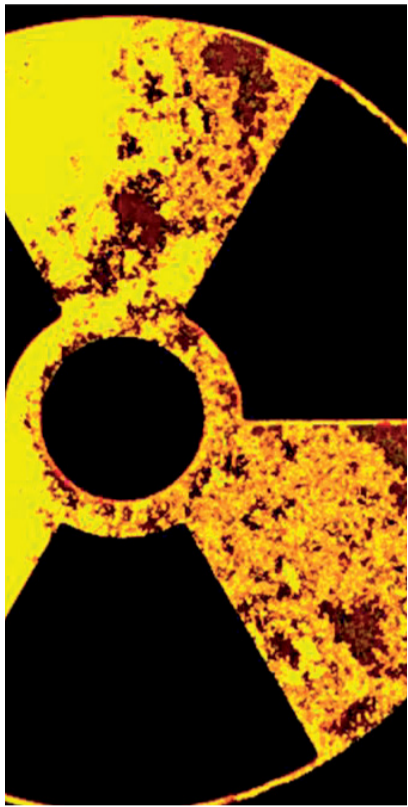
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Druck: Caro-Druck GmbH

Vorstandssprecher_innen:
Catherine Michel
Tel: 0173-2046990
André Schulze
Tel: 0162-6458710

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Energiepolitik-Spezial



Energiepolitik geht uns alle an: Steigende Energiepreise, Kriege um Ressourcen und nicht zuletzt Katastrophen wie im Golf von Mexiko und in Fukushima zwingen uns alle zum Umdenken: Wie sieht der Energiemix von morgen aus? Welche Rolle spielen Atom, Kohle, Gas und die Erneuerbaren? Und welche Rolle spiele ich dabei?

Warum wir auch ohne Atomstrom können

In den vergangenen Jahrzehnten haben die vier großen Energiekonzerne mit der Atomenergie riesige Profite gemacht – die Lasten dafür mussten die Menschen in Tschernobyl, in den Uranminen Afrikas und nun auch in Fukushima tragen. Noch Generationen nach uns werden die Zeche der Atomkraft zahlen müssen. Damit muss endlich Schluss sein!

Mittlerweile werden 17 Prozent des Bruttostromverbrauchs durch die Erneuerbaren Energien erzeugt, also durch Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Die Umstellung der Weltenergiewirtschaft auf 100 Prozent Erneuerbare Energien ist technologisch machbar und ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Deshalb müssen wir die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren weiter voranbringen und das Zeitalter der Atom- und Kohlewirtschaft endlich beenden.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beschreibt in ihrem „Fahrplan Atomausstieg“, wie die Energiewende gelingen und Deutschland bis spätestens 2017 endgültig aus der Atomenergie aus-

steigen kann. Grundlage dafür ist ein noch forcierterer Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Der „Fahrplan Atomausstieg“ kann unter http://www.gruene-bundestag.de/cms/atomausstieg/dok/375/375532.fahrplan_atomausstieg.html heruntergeladen werden).

Was heißt das für Berlin?

In Berlin wird kein Atomstrom produziert, es gibt lediglich einen kleinen Forschungsreaktor in Wannsee. Gleichwohl spielt die Energie- und Klimapolitik eine wesentliche Rolle für die Stadt. Berlin steht als europäische Metropole in der Verantwortung, einen Beitrag zur Beendigung der Klimazerstörung zu leisten. Deshalb heißt es im Wahlprogramm der Berliner Grünen: „Großstädte wie Berlin sind mit ihrem Verkehr, ihrem Abfall und ihrem Energieverbrauch bisher selten Vorbilder. Das wollen wir ändern! Berlin soll ein Klimavorbild werden.“ Und weiter: „Verkehr, Ernährung, Produktion, Konsum, Wohnen und Energieverbrauch beeinflussen auf vielfältige Weise das Klima und den Zustand unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Und unsere Energieversorgung wird zunehmend zum sozialen Problem: Steigende Energiekosten verteuern die Warmmiete; schlecht gedämmte Wohnungen und Büros werden im Sommer zum Backofen.“

Was kann Neukölln tun?

Die Energiedebatte und der Klimawandel betreffen auch Neukölln. Regine Günther vom WWF Deutschland erklärt im nebenstehenden Interview, was das genau heißt. Darüber hinaus geben wir zehn wertvolle Tipps zum Energiesparen für den Hausgebrauch in Neukölln und anderswo.

Milena Oschmann
Pressereferentin Grüne Neukölln



INTERVIEW MIT Regine Günther

1. Warum ist der Klimawandel eine Gefahr für die Internationale Gemeinschaft?

Die Berichte des Weltklimarates zeigen sehr klar, dass die Auswirkungen eines ungebremsten Klimawandels verheerend sein werden: Dürren, Überschwemmungen, vermehrt extreme Wetterereignisse, Abschmelzen der Gletscher und Polkappen oder der Wassermangel für Milliarden Menschen in vielen Regionen der Erde, um nur einige der Folgen zu nennen. 20 bis 30 Prozent aller Tiere und Pflanzen werden aussterben, wenn wir nicht schnell handeln. Die Erde, auf der wir leben, wird ein vollkommen anderes, lebensfeindliches Gesicht erhalten. Für den WWF ist der Klimawandel deshalb eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Hauptzielsetzung des WWF ist es, die schlimmsten Folgen des von Menschen gemachten Klimawandels zu begrenzen. Dies kann gelingen, wenn die globale durchschnittliche Temperaturerhöhung auf unter 2° C gegenüber vorindustriellen Werten gehalten wird. Trotzdem: Die Experten sind sich auch einig, dass die schlimmsten Auswirkungen noch verhindert werden können, wenn rasch eine Trendwende beim Ausstoß der Treibhausgase erreicht wird. In den kommenden fünf Jahren müssen die Emissionen weltweit sinken. Maßnahmen müssen schnellstmöglich auf der internationalen, der europäischen und der nationalen Ebene gestartet werden. Wichtig ist es, die klimaschädlichen Treibhausgase bis 2050 fast auf Null zurückzufahren.

2. Was bedeutet der Klimawandel für Neukölln?

Es ist heute kaum möglich, die direkten Klimaauswirkungen auf so ein vergleichsweise kleines Gebiet vorherzusagen. Soweit ist die Wissenschaft noch nicht. Das heißt aber nicht, dass die Bevölkerung nicht durch die indirekten Auswirkungen betroffen sein wird. Fossile Energieträger, sprich Kohle, Öl und Gas, werden in Zukunft deutlich teurer werden. Wenn bis dahin beispielsweise unsere Häuser nicht viel besser gedämmt und die Fahrzeuge viel spritsparender sind, werden vor allem die ärmeren Menschen betroffen. Sie werden ohne entsprechende Vorsorge von ihrer hohen Energierechnung überfordert sein. Wir müssen heute durch vorausschauende Klimaschutzpolitik unsere

Gesellschaften unverletzlicher gegen solche Schwankungen auf den Energieweltmärkten machen. Klimaschutz ist insofern auch aktive Sozialpolitik.

3. Was kann jeder einzelne Neuköllner zum Klimaschutz beitragen?

Wichtig ist ein bewusster Umgang mit Energie. Wo möglich, sollte man Energie am besten wegsparen, das heißt konkret: Licht aus, Motor aus, Standby aus, Heizung aus, wenn wir die Energie nicht nutzen und brauchen. Bei einer neuen Anschaffung, sollte man immer den Energieverbrauch des Gerätes prüfen. Dies zahlt sich nicht nur für den Klimaschutz, sondern sehr oft auch für den Geldbeutel aus. Oft sind schon in kurzer Zeit die Mehrkosten für ein energieeffizienteres Gerät durch die ersparten Energiekosten wieder im Portemonnaie. Rechnen lohnt sich.

4. Welche Weichen muss die Politik stellen?

Im Klima- und Energiebereich auf Bundesebene geht es darum, die so genannten Dekarbonisierung der gesamten Volkswirtschaft voranzutreiben. Was meint das? In Deutschland müssen wir einen Entwicklungspfad einschlagen, auf dem im Jahr 2050 nur noch fünf Prozent der Menge an Treibhausgasemissionen von 1990 in die Atmosphäre freigesetzt werden. Diese grundlegende Veränderung des Energie- und Wirtschaftssystems erfordert in vielen Bereichen vollkommen neue Technologien und Infrastrukturen. Der Stromsektor muss auf Energieeffizienz und vollständige Versorgung mit Erneuerbaren Energien umorientiert werden. Im Verkehrssektor ist der Umstieg auf Elektromobilität eine Schlüsselinnovation. Wir brauchen eine vollkommen neue Stromnetze- und Verkehrsinfrastruktur. Eine umfangreiche Studie mit dem Titel „Modell Deutschland“ von Prognos und Öko-Institut hat uns sehr deutlich gezeigt, dass solch ein Umbau möglich und bezahlbar ist. Wenn wir damit jetzt beginnen, können wir im Jahr 2050 nicht nur mit Blick auf den Klimaschutz profitieren, sondern auch wegen unserer verringerten Verletzbarkeit bezüglich hoher und stark schwankender Energiepreise. Und das ist keine Utopie, sondern unterlegt durch konkrete Strategien und Technologien. Wenn wir aber nicht unmittelbar jetzt beginnen, werden wir die erforderlichen Emissionsre-

duktionen nicht erreichen können, zu denen wir als Industrieland mit Blick auf unsere Verantwortung für die globale Klimaerwärmung verpflichtet sind. Deutschland und Europa insgesamt stehen hier als Vorreiter in besonderer Verantwortung. Vor allem Deutschland und Großbritannien können und müssen hier Motoren sein. Frühzeitiges Agieren ist jedoch auch aus einer anderen Perspektive angeraten: Wenn wir die aktuellen Entwicklungen bei den Erneuerbaren Energien in der Welt und die Rolle der deutschen Industrie in diesem Sektor betrachten, kann man schon sagen, dass ambitionierte Klimaschutzpolitik keineswegs die viel prognostizierten Nachteile, sondern große Vorteile für den Wohlstand in unserem Land hat.



5. Wie kann Berlin als Bundeshauptstadt eine Vorreiterrolle übernehmen?

Das muss sehr genau, auch angesichts der Finanzlage, geprüft werden. Prinzipiell spielt Deutschland als Vorreiter im Klimaschutz weltweit schon immer eine besondere Rolle. Es ist DAS zentrale Industrieland in Europa, und ein erfolgreiches Modell hier kann für eine klimaschonende Entwicklung weltweit Vorbild werden. Berlin als Hauptstadt Deutschlands könnte eine besondere weltweite Ausstrahlungskraft für den Klimaschutz entwickeln. Wichtig wäre eine systematische Klimaschutzstrategie für Berlin in allen Sektoren: dem Verkehr, dem Gebäudesektor, der Strombeschaffung. Es wäre wichtig, Leuchtturmprojekte mit fortschrittlichen Unternehmen zu initiieren, gerade bei der Finanzierung der Gebäudedämmung und der Einführung der Elektromobilität. Intensive Kooperationen mit Metropolen wie Mexiko City, Rio de Janeiro oder Peking könnten die gemachten Erfahrungen internationalisieren, und Berlin könnte von anderen Städten lernen.

Regine Günther leitet das Klima- und Energiereferat des WWF Deutschland. Auf einer Podiumsdiskussion der Grünen in Neukölln im März 2011 diskutierte sie mit der Grünen Bürgermeisterkandidatin Renate Künast über das Thema Klimawandel als soziale Frage.

Wie energieeffizient ist mein Haushalt?

In Deutschland können Effizienzmaßnahmen bis 2020 260.000 neue Jobs schaffen, 77 Millionen Tonnen CO2 vermeiden und 19 Milliarden Euro Energiekosten einsparen. Doch was kann jede und jeder Einzelne tun? Wir haben für Sie zehn einfache, aber effiziente Tipps für den Alltag:

1.) Eier mit ganz wenig Wasser kochen! Einen Eierkocher können Sie sich sparen: Eine fingerdicke Menge Wasser auf dem Topfboden reicht aus – die Eier garen im Wasserdampf. Das funktioniert auch mit Kartoffeln, Brokkoli und anderem Gemüse problemlos.

2.) Kurz und kräftig lüften! Zum Lüften Heizung herunterdrehen und Fenster weit öffnen. Die Luft wird getauscht, die Wände bleiben warm. Nie bei laufender Heizung

Fenster kippen!

3.) Backofen nicht vorheizen! Auch wenn es auf der Packung oder im Rezept steht – meist ist das Vorheizen des Backofens unnötig (Ausnahme: empfindliche Teige). Und wenn Sie Backofen und Herd schon ein paar Minuten vor Ende der Garzeit ausschalten, nutzen Sie – ohne Stromverbrauch – die Nachwärme.

4.) Stecker ziehen oder Steckdosenleiste mit Netzschalter kaufen! Allein der Stand-by-Betrieb von

HiFi-Anlage, Fernseher und Videorecorder kostet Sie jährlich 30 Euro. Zwei deutsche AKW laufen nur, um die unnötigen Stand-by-Verluste zu decken. Wenn Sie mehrere Geräte an eine Steckdosenleiste anschließen, genügt ein Knopfdruck zum Abschalten.

5.) Deckel auf den Topf! Ein Deckel auf dem Topf senkt den Energieverbrauch beim Kochen auf ein Viertel. Und die Vorfreude steigt, wenn man nicht so oft reinguckt. Noch bes-

ser sind Schnellkochtöpfe, sie sparen noch einmal 50 Prozent Energie.

6.) Nudelwasser im Wasserkocher zum Kochen bringen! Am effizientesten bringen Schnellkocher oder Tauchsieder Wasser zum Kochen. Deshalb lohnt es, Nudel- oder Kartoffelwasser vorzukochen und dann in den Topf zu füllen.

7.) Ersetzen Sie alte Glühbirnen durch moderne Energiesparlampen. Eine Schätzung aus Großbritannien besagt: Wenn pro Haushalt nur eine normale Glühbirne gegen eine Energiesparlampe ausgetauscht wird, kann dafür ein (Kohle-)kraftwerk abgeschaltet werden.

8.) Kühlschrank kalt stellen! Stehen Kühl- und Gefrierschrank neben Wärmequellen (Heizung, Herd, aber auch Spüle oder Waschmaschine), schlucken sie viel mehr Strom!

Also deren Nähe meiden oder wenigstens den Zwischenraum isolieren. Bester Standort ist ein kühler Platz: Pro Grad höherer Raumtemperatur zieht der Kühlschrank etwa vier Prozent mehr Strom!

9.) Brötchen von gestern knusprig toasten! Wer zum Brötchen aufbacken nicht den Backofen, sondern den Brötchenaufsatz des Toasters verwendet, spart rund 70 Prozent Energie.

10.) Wechseln Sie zu einem unabhängigen Ökostromanbieter! Diese sehr einfache zu realisierende Maßnahme bringt für das Klima enorm viel. Ein durchschnittlicher Drei-bis-Vier-Personen-Haushalt kann dadurch im Jahr bis zu 1,9 Tonnen CO2 einsparen.

Quelle: Greenpeace Magazin, 2011

20 Punkte aus unserem grünen Wahlprogramm für Neukölln

Die Außenwahrnehmung unseres Bezirks durch Medien und Politik hat sich in den letzten Jahren rapide gewandelt - vom „Ghetto-Viertel“ zum „Szene-Bezirk“. In der Tat hat sich vieles verändert – doch so falsch das eine Klischee war, so falsch ist auch das andere.

Ganze Kieze haben in den letzten Jahren ein neues Gesicht bekommen. Leerstehende Läden sind wiederbelebt worden, viele Menschen haben die Chance genutzt, ihre Ideen auszuprobieren. Doch auch die Probleme sind in den letzten Jahren keineswegs weniger geworden. Zu viele Neuköllner_innen beziehen Sozialleistungen und haben kaum Perspektiven auf einen Existenz sichernden Arbeitsplatz. Zu viele Kinder erhalten nicht die Startchancen, die sie verdienen. Zu viele Jugendliche verlassen unsere Schulen ohne Abschluss. Neue Probleme sind dazugekommen: In der Innenstadt steigen die Mieten, in Teilen von Neukölln sogar weit überdurchschnittlich. Wir sind überzeugt: All diese Probleme können wir nur gemeinsam angehen.

Unser Schwerpunkt liegt auf der Kinder- und Jugendpolitik. Wem Integration und die Zukunft Neuköllns am Herzen liegen, der muss hier an-

setzen. Wir haben mit unserer Stadträtin Gabi Vonnkold in den letzten fünf Jahren unter schwierigen Bedingungen viel erreicht. In vielen Schulen haben wir Schulstationen eingerichtet. Wir haben die Sozialraumorientierung im Jugendamt vorangetrieben. Wir konnten die Schließung von Jugendeinrichtungen verhindern und durch Kreativität und viele kleine Maßnahmen die Lebenssituation von Neuköllner Kindern und Jugendlichen ein Stückchen verbessern. Gerade in Neukölln ist Jugendarbeit besonders wichtig. Hier zu sparen, ist nicht nur verantwortungslos, sondern mittel- und langfristige auch teuer und gefährlich.

Viele Neuköllner_innen – ob hier geboren oder zugezogen – engagieren sich ehrenamtlich und mischen sich ein. Darüber freuen wir uns. Leider erleben wir zu oft, dass dieses Engagement ausgebremst wird. Dass Neuköllner Politik schnell dabei ist,

zu erklären, warum etwas nicht geht, anstatt zu überlegen, wie es vielleicht gehen könnte. Dass Neuköllner_innen, die sich mit einem Anliegen an das Bezirksamt wenden, nur eine abweisende oder gar keine Antwort erhalten. Dass parteitaktisches Kalkül über die Lösung von Problemen gestellt wird. Das Neuköllner_innen außen vor bleiben, weil sie nicht so ein glattes Deutsch sprechen. Wir wollen anders miteinander umgehen. Wir wollen zuhören und konstruktiv und gemeinsam Lösungen suchen. Was wir brauchen ist nicht Talk und Show, sondern harte Arbeit.

Vielleicht wird Ihnen, liebe Leser_innen, manche Forderung in unserem Wahlprogramm auf den ersten Blick kleinteilig vorkommen. Das liegt nicht daran, dass es uns an Ideen mangelt. Wir sind ehrlich: Die Finanzlage Berlins und besonders der Bezirke ist katastrophal, der finanzielle Spielraum denkbar klein. Für Vieles, was

wir uns wünschen, wird unser Bezirk auch in den nächsten Jahren kein Geld haben. Zur Ehrlichkeit gehört auch, zu sagen, wo die Bezirke gar nichts entscheiden können, weil der Bund oder das Land zuständig sind. Wir versprechen nur Dinge, die wir halten können. Wir versprechen, unsere Erfahrung und unsere Leidenschaft darauf zu verwenden, alle vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und ganz konkret vor unserer gemeinsamen Haustür die Dinge zu verbessern, die wir beeinflussen können.

Im dicht bebauten Neukölln fehlt es an Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen und vor allem an Sport-, Freizeit- und Bewegungsflächen. Die einmalige Chance der Schließung des Flughafens Tempelhof wollen wir nutzen, um dieses Defizit abzubauen. Gemeinsam mit den Neuköllner_innen wollen wir die Flächen entwickeln, statt sie meistbietend an Investoren zu verscherbeln. Dafür setzen

wir uns auf Landesebene ein. Der rote Senat will sogar noch mehr Wohnungsbauflächen an der Oderstraße. Für uns gilt: Mindestens die Fläche innerhalb der Ringstraße muss dauerhaft unbebaut bleiben, zur Erholung und um frische Luft in unsere Kieze zu lenken.

Wir wollen in ganz Neukölln eine Verkehrspolitik, die die Interessen von Fußgänger_innen, Radfahrer_innen und Kindern in den Mittelpunkt stellt. Gegen Raserei in unseren Kiezen helfen keine Verbotsschilder, sondern nur ein wirksamer Umbau.



1. Flughafen

Die Schließung des Flughafens Tempelhof und die Öffnung des Areals für die Berliner_innen haben wir Grünen immer gefordert und unterstützt. Unter Bewahrung dieser riesigen, für das Stadtklima bedeutenden Kaltluftfläche bestehen jetzt die Chancen für neue Nutzungen.

Das Tempelhofer Feld soll im Wesentlichen eine große Parklandschaft werden und darf keinesfalls innerhalb des existierenden Parkway-Rings bebaut werden. Wir Grünen lehnen den Bau des „Columbia-Quartiers“ ab. Stattdessen halten wir die Realisierung von

Sport- und Freizeitnutzungen für sinnvoll. Es ist zu prüfen, ob die jetzigen Sport- und Pioniernutzungen erhalten werden können. Sofern eine Internationale Bauausstellung auf dem ehemaligen Flughafen-Gelände zustande kommt, dürfen nicht Neubauten ins Zentrum des Vorhabens gestellt, sondern müssen die bestehenden Quartiere in Nord-Neukölln einbezogen werden. Im Mittelpunkt muss die Entwicklung neuer Ideen für eine soziale, ökologische und bildungspolitische Stärkung der Innenstadtkartiere stehen.

2. Transparenz in der Kulturförderung

Kunstszene und Kreativwirtschaft werden auf kommunalpolitischer Ebene nicht angemessen berücksichtigt. Wir wollen dies ändern, damit sich Kunst- und Kulturschaffende in unserem Bezirk willkommen fühlen. Wir Grünen befürworten daher den Ausbau von individueller Beratung auf Bezirksebene, unter anderem in Bezug auf Drittmittel-Akquise,

Förderprogramme und -kriterien. Informationen zur Kulturförderung wollen wir auch auf der Internetseite des Kulturamts für alle leicht zugänglich machen. Auswahlverfahren und deren Resultate sowie die Förderbedingungen sollen transparent gemacht werden.

3. Bürgerbeteiligung

Gestalten, verändern und verbessern funktioniert nur gemeinsam mit den Bürger_innen. Viele Neuköllner_innen haben jedoch in den letzten Jahren schlechte Erfahrungen mit der Neuköllner Politik gemacht, wenn sie ihre Ideen und Wünsche einbringen wollten.

Wir stehen für eine neue politische Kultur und einen anderen Umgang mit den Menschen. Viele Neuköllner_innen sind von der

politischen Willensbildung ausgeschlossen, obwohl sie seit Jahren hier leben. Es muss z.B. möglich sein, dass ein Verein oder eine Initiative einen Stadtrat oder Vertreter der Verwaltung zu einer Informationsveranstaltung einlädt und dabei Übersetzer_innen stellt. Sprache darf kein Hindernis für Information und Beteiligung sein.

4. Radverkehrsförderung

Wir setzen uns dafür ein, weitere Fahrradstraßen einzurichten. Einbahnstraßen wollen wir für Radfahrer_innen grundsätzlich in beide Richtungen öffnen und die Benutzungspflicht für Radwege aufheben. Wir wollen in Nebenstraßen mit Kopfsteinpflaster asphaltierte Fahrradstreifen einrichten, ohne damit den Autoverkehr zu beschleunigen. Auch sollen große, besonders markierte Hauptwege

in öffentlichen Grünanlagen für den Radverkehr geöffnet werden. Beim Umbau der Karl-Marx-Straße haben wir Grünen uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass durchgängig auf beiden Seiten Radstreifen vorgesehen sind.

Radstreifen auf der Straße sind sicherer als Radwege auf dem Gehweg und genießen daher für uns Vorrang.

5. Eine neue politische Kultur

Wer sich im und für den Bezirk einsetzen will, wer mitreden und seine Sichtweise einbringen will, braucht Informationen. Beschlüsse und Leistungsverzeichnisse der Bezirksverwaltung müssen daher im Internet zugänglich sein. Zudem fordern wir eine zentrale Auskunftsstelle zur Bürger_innenbeteiligung in Neukölln. Diese soll Auskunft über laufende Verfahren und (Zwischen-) Ergebnisse geben, Anregungen entgegennehmen und diese an die Verwaltung und die Mitglieder der zuständigen Fachausschüsse weiterleiten.

Insbesondere umfangreiche städtebauliche Umbauprozesse müssen transparent und unter kontinuierlicher und ernst gemeinter Bürger_innenbeteiligung stattfinden. Das gilt von der Planungs- bis zur Umsetzungsphase, denn auch über die Ergebnisse müssen die Bürger_innen vernünftig informiert werden. Solche Prozesse sollen von einem / einer Koordinator_in begleitet werden, der/ die direkt ansprechbar ist, aber keine eigenen Interessen im Kiez hat.

6. Sanierung bezirklicher Gebäude

Bei der Sanierung der bezirklichen Gebäude legen wir keinen Wert auf Repräsentanz und Pomp, sondern auf eine konsequente

energetische Sanierung. Das ist nicht nur aus Klimaschutzgründen geboten, sondern eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

7. Schulstationen

In der Schule wird die Schulsozialarbeit immer wichtiger. Unsere Jugendstadträtin Gabriele Vonnkold hat deshalb an vielen Neuköllner Schulen Schulstationen eingerichtet. Dieses Angebot wollen wir auf alle Schulen ausweiten und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ermöglichen.

8. Schulen öffnen

Die Schulen müssen sich öffnen und mit Eltern und unterschiedlichsten gesellschaftlichen Einrichtungen zusammenarbeiten, um den Schüler_innen vielfältige Anregungen zu vermitteln und die persönliche Entwicklung wie auch berufliche Chancen zu fördern.

9. Bildungsverbände

Gefördert von Jugendstadträtin Gabriele Vonnkold haben sich in Neukölln in den letzten Jahren Schulen, Schulsozialarbeiter_innen, Kitas und Jugendeinrichtungen zu Bildungsverbänden zusammengeschlossen. Diese Bildungsverbände nutzen gezielt ihre

Ressourcen, um Kinder und Jugendliche zu fördern, Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen zu erleichtern und die Zusammenarbeit mit den Eltern besser zu gestalten. Diese Form der Kooperation ist ein Zukunftsmodell, das weiter ausgebaut werden muss.

10. Sportstätten

Mehr als drei Viertel der Berliner Sporttreibenden sind nicht in Vereinen organisiert. Dies muss auch bei der Nutzung und Sanierung von Sportanlagen berücksichtigt wer-

den. Wir Grünen möchten auch denen eine politische Stimme geben, die sich ohne feste Organisation sportlich betätigen wollen.



11. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die öffentlichen Einrichtungen des Bezirks spiegeln in ihrem Personal die Vielfalt der Neuköllner_innen bei weitem nicht wider. Bei Stellenausschreibungen sollen - wo das möglich ist - künftig Mehrsprachigkeit

und Interkulturalität als besondere Qualifikation berücksichtigt werden, um qualifizierten Migrant_innen gleichen Zugang zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen.

12. Flüchtlingspolitik

Auch in Neukölln leben Flüchtlinge mit und ohne Aufenthaltsgenehmigung. Unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus müssen alle Menschen Zugang zu einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung haben und alle Kinder das Recht, eine Schule zu besuchen. Bis heute wehrt sich die Neuköllner Verwaltung gegen den Schulbesuch von

Kindern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus - obwohl die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) bereits Anfang dieses Jahres beschlossen hat, dass alle Kinder ein Recht auf den Schulbesuch haben. Wir werden darüber wachen, dass die Verwaltung dies auch umsetzt.

13. Rechtsextremismus

Die rassistisch motivierten Brandanschläge im Rudower Blumenviertel und auf Moscheen, eine ganze Serie von rechtsextremen Schmierereien und Sachbeschädigungen bei Läden, Kneipen und Projekten im Norden des Bezirks und nicht zuletzt auch immer wieder gewalttätige Übergriffe auf Menschen haben gezeigt, dass Rechtsextremismus weiterhin ein ernst zu nehmendes Problem in Neukölln darstellt.

Wir stellen uns diesem Problem durch unsere Mitarbeit im „Aktionsbündnis Rudow“ und dem „Bündnis Neukölln“ sowie durch Aufklärung über und Proteste gegen Rechtsextremisten und werden das weiter tun. Veranstaltungen und Versammlungen der Rechten in Neukölln werden wir uns weiter entschlossen, aber mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.

14. Mietenpolitik

Auf Bezirksebene haben wir leider nur geringe Möglichkeiten, dem Anstieg von Mieten entgegenzuwirken. Seit langem fordern wir eine unabhängige Mieterberatung, um Mieter_innen gegen überzogene Mieterhöhungen zu unterstützen. Auch kann der

Bezirk mit dem Planungsrecht zumindest Luxussanierungen verhindern. Für uns ist klar: Alle rechtlichen Möglichkeiten, die es gibt, wollen wir nutzen, um faire Mieten in Neukölln zu sichern.

15. Kein Weiterbau der A 100

Die Betonpolitik der vergangenen Jahre lehnen wir ab. Wir Grünen stehen für eine andere Verkehrspolitik. Wir sind gegen die Verlängerung der Autobahn A 100 von der Grenzallee zum Treptower Park. Hier sollen 430 Millionen Euro für eine auch aus gesamt-

städtischer Sicht verkehrspolitisch unsinnige Autobahn verschwendet werden, die noch mehr Autoverkehr - und verbunden damit Lärm und Luftschadstoffe - nach Neukölln bringen wird.

16. Straßenbäume

Dem Verlust von Bäumen im öffentlichen Raum wollen wir trotz knapper Mittel nicht tatenlos zusehen. Wir wollen die Zahl der Bäume in Neukölln vielmehr deutlich erhöhen. Da der Erhalt der Stadtbäume in Berlin ein wichtiges Thema für viele Bürger_innen

ist, wollen wir im Internet transparent machen, welche Bäume warum gefällt werden und wann und wo es Neupflanzungen gibt. So wollen wir auch verhindern, dass der Baumbestand unkontrolliert weiter abnimmt.

17. Nachtflugverbot

Wir unterstützen die berechtigte Forderung vieler Anwohner_innen nach einem konsequenten Nachtflugverbot zwischen 22

und 6 Uhr, um wenigstens eine ungestörte Nachtruhe zu ermöglichen.

18. Sanierungsgebiet Karl-Marx-Straße

Durch die Festsetzung des Sanierungsgebiets Karl-Marx-Straße ist ein großer Teil des Neuköllner Nordens als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Das Sanierungsrecht schafft zusätzliche finanzielle Möglichkeiten, in die Stadtentwicklung einzugreifen. Es schafft die Voraussetzung, die Förderung an Bedingungen - wie den Verzicht auf deutliche Mietsteigerungen - zu knüpfen. Es eröffnet zudem die Möglichkeit, gezielt in Schulen und

soziale Infrastruktur zu investieren. Die Entwicklung der Karl-Marx-Straße darf aber nicht allein der Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Straßenraum und der Unterstützung des Handels dienen. Die Karl-Marx-Straße ist auch Wohn- und Kulturstandort, und das soll sie bleiben. Stadterneuerung geht nur mit umfassender Bürger_innenbeteiligung.

19. Bürger_innenaushalt + öffentlicher Hauptausschuss

Wir fordern die Einführung von Bürger_innenaushalten, bei denen Bürger_innen selbst über einen Teil der Investitionen im Bezirk entscheiden können. Entscheidend ist dabei, dass diese Projekte dann auch umgesetzt und die Bürger_innen über die Ergebnisse informiert werden.

Anders als bisher soll der Hauptausschuss der BVV, der über die Bezirksfinanzen

entscheidet, öffentlich tagen. Dass Finanzangelegenheiten unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert und entschieden werden, ist demokratisch nicht zu rechtfertigen. Wir wollen, dass Bürger_innen die Möglichkeit haben, ihre Anliegen direkt in die entsprechenden Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen und dort zu diskutieren.

20. Finanzen

Geld - besonders in öffentlichen Kassen - ist ein knappes Gut. In Neukölln mit seinen sozialen Problemen schlägt sich das besonders nieder, weil der rot-rote Senat vor allem in den Bezirken gespart hat. Die ungerichte und intransparente Art und Weise der Bezirksfinanzierung hat Neukölln besonders hart getroffen. Wir fordern vom nächsten Senat eine gerechtere Verteilung! Aber auch das Bezirksamt trägt eine Mitschuld an der

schlechten finanziellen Ausstattung. Viel zu häufig wurde leichtsinnig gekürzt, ohne die Folgen zu bedenken. Dass es auch anders geht, hat unsere Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold in den letzten zwei Jahren gezeigt, indem sie nachhaltig sparte und gleichzeitig die Senatszuweisung für das Jugendressort verbessern konnte. Angesichts knapper Kassen ist es besonders wichtig, politisch die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Liebe Neuköllnerinnen und Neuköllner,

wir wollen einen Politikwechsel - in ganz Berlin und in Neukölln. Deshalb bitten wir Sie am 18. September um Ihre drei Stimmen:

Die erste Stimme für Ihre grüne Direktkandidatin oder Ihren grünen Direktkandidaten für das Abgeordnetenhaus in einem der sechs Neuköllner Wahlkreise.

Die zweite Stimme für eine starke grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus und einen Senat mit Renate Künast als Regierende Bürgermeisterin an der Spitze.

Und die dritte Stimme für starke Grüne in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung und eine zweite Amtszeit für unsere Jugendstadträtin Gabi Vonnekold.

Übrigens: Auf Bezirksebene dürfen auch Jugendliche ab 16 Jahren und EU-Bürger_innen mit Wohnsitz in Berlin wählen. Wir Grünen fordern darüber hinaus, dass auch Bürger_innen aus Nicht-EU-Ländern das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn sie dauerhaft in Berlin wohnen.

Berlin braucht eine zukunftsfähige und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik



Foto Barbara Dielt

Berlin hat den Aufschwung nicht genutzt und steht nach fast zehn Jahren rot-roter Koalition schlecht da; sowohl SPD als auch die Linke haben es versäumt, den Grundstein für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu legen. Anstatt zielgerichtet Erwerbslose so zu qualifizieren, dass diese auch von dem milliardenschweren Konjunkturprogramm profitieren können, wurden erfolgreiche Programme wie z.B. „Zusatzjobs und Bildung“ gekürzt, das Nachholen von Schulabschlüssen gekippt, aber auch der Etat, der für Ausbildung zur Verfügung steht, wurde im Haushalt 2010/2011

drastisch verringert – dies, obwohl die Jugenderwerbslosigkeit erschreckend hoch ist. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die konsequent auf Bildung und Qualifizierung setzt, suchen wir bei Rot-Rot vergebens.

Zwar haben die sozialversicherungspflichtigen Stellen in Berlin in den vergangenen Jahren zugenommen, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Ein großer Teil des Jobwunders von Wowerit und Wolf entpuppt sich als prekäre Beschäftigung. Es entstanden vornehmlich Minijobs, Teilzeitbeschäftigung, befristete Projektarbeitsplätze, Leiharbeit etc. So ist es nicht verwunderlich, dass es in Berlin bundesweit die meisten sog. „Aufstocker_innen“ gibt, also Menschen, die arm trotz Arbeit und auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Bis heute wollen weder die SPD noch die Linkspartei zur Kenntnis nehmen, dass sich Berlin unter ihrer Regierung zum einkommensschwächsten Bundesland entwickelt hat und der Aufschwung an vielen Berlinern und Berlinerinnen vorbei zieht. Die Spaltung des Berliner Arbeitsmarktes verschärft sich und viele Menschen bleiben langfristig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Bei der kürzlich durchgeführten Neuordnung der Jobcenter hat der Senat es verpasst, Probleme zu beseitigen. Konkrete Verbesserungen haben nicht stattgefunden, ständige Personalprobleme und eine Klageflut vor den Sozialgerichten machen die Arbeit noch schwieriger. Wir brauchen Jobcenter, die kompetent und fair betreuen und beraten, wo Erwerbslose passgenaue Bildungs- und Qualifizierungsangebote bekommen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass in Berlin eine große Anzahl Erwerbsloser mit sinkender oder geringer Qualifikation keine Perspektive mehr auf dem Arbeitsmarkt haben soll.

Öffentlich geförderte Beschäftigung (um)gestalten

Das Vorzeigeprojekt des rot-roten Senats – der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) – ist gescheitert. Anstatt Modelle zu entwickeln, wie man dauerhaft einen ÖBS – mit weniger Förderfällen, aber dafür nachhaltig – absichern kann, flüchtete sich der Senat in eine bundesfinanzierte Förderung nach der anderen. Für die Betroffenen brachte dieser ständige Wechsel mehr Unsicherheit

als dauerhafte Beschäftigung und Integrationserfolge blieben meist aus.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Bundesregierung immer mehr aus der Verantwortung für langzeiterwerbslose Menschen zurückzieht. Wir wollen nicht, dass diese Frauen und Männer, die auch bei sich verbessernder Wirtschaftslage kaum Chancen auf einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, abgehängt werden. Für Menschen, die nicht gleich in Arbeit vermittelt werden können, wollen wir deshalb zusammen mit den Jobcentern ein Landesbeschäftigungsprogramm ins Leben rufen, das befristete qualifizierende Beschäftigungen anbietet. Wir wollen Beschäftigung schaffen, die wirtschaftliche und soziale Prinzipien miteinander verbindet.

Dass dieses Prinzip funktioniert, zeigt uns das Modell der Sozialfirmen in der Schweiz. Langzeiterwerbslose Menschen können in der Schweiz unbefristete Jobs in sogenannten „Sozialfirmen“ bekommen und dort arbeiten, bis sie eine Stelle auf dem 1. Arbeitsmarkt gefunden haben oder bis sie in Rente gehen.

Für Berlin wollen Bündnis 90/ Die Grünen einen auf Dauer ange-

legten gemeinwohlorientierten, gemeinnützigen Sektor schaffen, der Wirtschaftlichkeit und soziales Engagement miteinander verbindet. Ein immenser Handlungsbedarf besteht z.B. bei der Pflege öffentlicher infrastruktureller Einrichtungen, für die keine kurzfristigen Sanierungen oder Instandsetzungen aus öffentlichen Mitteln vorgesehen sind. Zusammen mit den Bezirken kann hier ein nachhaltiges Beschäftigungsfeld aufgebaut werden.

Die Berlinerinnen und Berliner haben eine bessere Arbeitsmarktpolitik verdient! Die Menschen fortzubilden und besser zu qualifizieren muss das zentrale Ziel der Berliner Arbeitsmarktpolitik werden!

Sabine Bangert

Sabine Bangert ist Fraktionsreferentin im Abgeordnetenhaus für Arbeit, berufliche Bildung und Soziales. Sie kandidiert für das Abgeordnetenhaus auf Platz Neun der Landesliste.

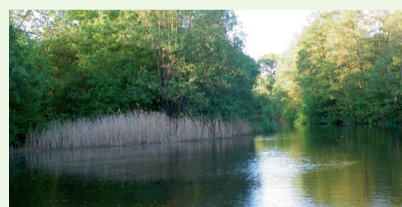
STADTEILE STELLEN SICH VOR:

Entdeckungsreise durch das nördliche Britz, die Hufeisensiedlung und die Kölnische Heide

Das „Britzer Mädchen“ lebte um 600 und wurde ca. 17 Jahre alt. Gefunden wurde es an der Blaschkoallee. In ihrem Grab fand sich neben Schmuck auch ein „Charonspfenning“, der ihr für den Fährmann auf dem Weg ins Jenseits in den Mund gelegt worden war. Sie ist wohl das älteste heute noch bekannte menschliche Wesen aus Britz.

Erinnerung an die Eiszeit

Der Ortsteil Britz liegt auf der eiszeitlichen Teltowplatte. Nachdem die Gletscher geschmolzen waren, blieben Findlinge zurück, die als Naturdenkmale im Akazienwäldchen an der Blaschkoallee und im Ehrenhain am Fennpfuhl bestaunt werden können. Pfühle sind kleine Gewässer, die einstmals durch schmelzendes Eis entstanden sind, im Mittelalter als Viehtränke, Waschplatz oder Fischteich genutzt wurden und erst mit der Industrialisierung ihre wirtschaftliche Bedeutung verloren. Viele von ihnen wurden verfüllt; die meisten heute noch in Neukölln erhaltenen Pfühle befinden sich in Britz.



Kulturhistorisches

„Britz“ wurde 1237 erstmals urkundlich erwähnt. Um 1375 bedeutete „Bretzki“ oder „Briczik“ (slawisch: „breza“ für Birke) etwa „Ort am Birkenwäldchen“. Britz ist mit seinem Kirchteich, dem Anger, der Feldsteinkirche von 1250, einem Schulhaus sowie dem Gutshof mit

Schloss und Park von 1690 einer der am besten im ursprünglichen Zustand erhaltenen ehemaligen Vororte Berlins.

Der Buchbinder Carl Weder kaufte nach 1866 das Gebiet zwischen den Dörfern Britz und Rixdorf und gab ihm den Namen Neu-Britz. Er legte Straßen an, die er nach Personen der Demokratiebewegung benannte (z.B. „Turnvater“ Jahn), parzellierte die Grundstücke und vergab das Bauland preisgünstig an Handwerker. „Vater Weder“ war Mitglied vieler Vereine und engagierte sich für Arme. Ein geheimes Treffen des Fortschrittsvereins in seinem Haus wurde 1890 von der Polizei aufgelöst. Die Banken kündigten daraufhin seine Hypotheken, was ihn ruinierte. Seine Straße wurde in Wederstraße umbenannt; Unbekannte jedoch kratzten bis zur offiziellen Rückbenennung 1956 immer wieder das „r“ von den Schildern.

Das Krankenhaus in der Blaschkoallee wurde bereits ab 1894 erbaut, damals noch durch den Landkreis Teltow. Im Jahre 1988 wurde es geschlossen; seit 2000 befindet sich an dieser Stelle ein Bürgeramt. Die Kapelle gilt heute als eines der schönsten Standesämter Neuköllns.

An die Berliner Elektrizitätswerke angeschlossen wurde Britz im Jahre 1894; zehn Jahre später begann der Bau der Kanalisation, und nach zwei weiteren Jahre wurde der Teltowkanal eröffnet.

Wohnungsbau und Verkehrsanbindung

Die erste Straßenbahnlinie zwischen Hermannplatz und Knesebeckstraße (heute: Silbersteinstraße) wurde 1895 eröffnet. Der Betriebshof in der Gradestraße wurde 1910

errichtet und, da nach dem Bau der Mauer im Westen einseitig auf den Bus gesetzt wurde, 1963 für den Omnibusbetrieb umgebaut und 1966 mit der Einstellung der Linie 47 für den Tram-Betrieb geschlossen.

Im Jahre 1900 hatte Britz 8.538 Einwohner_innen und bekam für die Kleinbahnlinie von Rixdorf nach Mittenwalde einen eigenen Bahnhof. Kurze Zeit nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde diese Strecke dann nur noch für den Güterverkehr genutzt.

Ärzte, Apotheker und Mitarbeiter der Ortskrankenkasse Rixdorf gründeten die Baugenossenschaft „Ideal“ mit der Zielsetzung, „ideale“ Wohnungen als Alternative zu den unhygienischen Großstadtwohnungen zu errichten. Mit dem Bau der Wohnungen wurde 1911 auf der „Körnerschen Kiesgrube“ an der Rungiusstraße und Pintschallee begonnen. Zur Ausstattung gehörten Gas zum Kochen und elektrisches Licht. Im Jahr 1913 wurden die „Behnke'schen Löwenhäuser“ errichtet, und nach 1925 baute die „Ideal“ westlich der Rungiusstraße und an der Franz-Körner-Straße weitere Wohnungen.

Im Zuge der Bildung Groß-Berlins kam Britz 1920 mit 13.475 Einwohner_innen zu Neukölln.

Der Reformpädagoge August Heyn, der am Kranoldplatz wohnte, entwickelte die Idee der Gartenarbeitsschulen. Die erste Schule dieser Art in Deutschland wurde 1920 am Teltowkanal eröffnet. Das Lehmhaus im Schulgarten der Zürich-Grundschule (1888) trägt seinen Namen.

Der S-Bahnhof ‚Kölnische Heide‘ wurde 1920 für Dampflok eröffnet und acht Jahre später elektrifiziert. Mit dem Mauerbau 1961 wurde die Station Endbahnhof, 1980

wurde sie geschlossen und nach dem Fall der Mauer 1993 wieder eröffnet.

Die Großsiedlung Britz (Fritz-Reuter-Stadt) entstand zwischen 1925 und 1933 nach Plänen von Bruno Taut als eines der ersten Pro-



jekte des sozialen Wohnungsbaus in industrieller Fertigung. Hier lebten viele Widerständler_innen gegen den Nationalsozialismus wie der Rütli-Schüler Hanno Günther oder der Schriftsteller Erich Mühsam. Im Jahre 2008 wurde die Hufeisensiedlung zum UNESCO-Weltkultur-Erbe ernannt.

Die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn (U 7) von der Bergstraße (Karl-Marx-Straße) zur Grenzallee erfolgte 1930, bis zur Haltestelle Britz-Süd wurde die Linie im Jahre 1963 verlängert. Der U-Bahnhof Grenzallee diente im 2. Weltkrieg als Standort für die Rüstungsindustrie.

Ab 1970 wurden am Dammweg Hochhäuser mit bis zu 18 Stockwerken errichtet. In der „Weißen Siedlung“, die von älteren Blöcken und Reihenhäusern im Bauhausstil („Planetensiedlung“) umgeben ist, leben 4.000 Menschen.

Seit 1973 wird auf dem Gelände der Carl-Legien-Oberschule am

Dammweg wieder, wie bereits vor 300 Jahren, Wein angebaut. Einige Flaschen werden auf dem Rixdorfer Weihnachtsmarkt versteigert. Auf dem Weingut Britz im Koppelweg wird ebenfalls seit 2002 wieder Rebensaft hergestellt.

High-Decks und Autobahndeckel

An der Sonnenallee entstanden ab 1975 über 2.400 Wohnungen. Durch den Wunsch nach konsequenter Trennung von Fußweg und Straße entstanden die sog. „High-Decks“ als Fußgängerbrücken. Seit 1999 verbessert ein Quartiersmanagement hier das Zusammenleben der 6.000 Bewohner_innen aus den verschiedenen Kulturen.

Im Gebiet um die Wederstraße, das von 1995 bis 2010 Sanierungsgebiet war, entstand auf dem „Autobahndeckel“ über der A110 v der Carl-Weder-Park.

Zu den größten Arbeitgebern Neuköllns zählen die Firma Biotronik und das Hotel Estrel. Gleichfalls in Neubritz befinden sich die Zentren von „Märkisches Landbrot“ und „Terra Naturkost“, Unternehmen, die vor zehn Jahren gemeinsam mit der damaligen Verbraucherschutzministerin Renate Künast die Bio-Brotboxen für Erstklässler erfanden.

Bertil Wewer

Bertil Wewer ist Mitglied des Vorstandes im Bezirk Neukölln und Delegierter in der Landesdelegiertenkonferenz. Er kandidiert für das Abgeordnetenhaus als Direktkandidat für den Neuköllner Wahlkreis 3.

Die Europäische Union hat die Flug- und Fahrgastrechte gestärkt - die schwarz-gelbe Bundesregierung sperrt sich gegen mehr Rechte



Mit dem Kompromiss zwischen Europäischem Parlament (EP) und den EU-Verkehrsministern (Rat) wurden 2007 die EU-weit geltenden Regelungen für Fahrgastrechte im Eisenbahnfernverkehr verabschiedet. Kommission und Rat wollten die Fahrgastrechte nur für den internationalen Verkehr. Das hätte bedeutet, dass z.B. bei einer zweistündigen Verspätung im Zug von Berlin nach Warschau die Fahrgäste für die Abschnitte Berlin-Frankfurt/Oder oder Poznan-Warschau nicht entschädigt würden, wohl aber die zwischen Frankfurt/Oder und Poznan. Diese Regelung wollte keine Fraktion unterstützen und es gelang uns, die jetzige Regelung zum Gesetz zu machen, welches für den gesamten Fernverkehr gilt. Seit 2009 muss die Verordnung in den Mitgliedstaaten der EU umgesetzt sein. Bei Zugverspätungen von einer Stunde bekommt der Fahrgast 25% und ab zwei Stunden 50% des Fahrpreises zurück.

Ein weiteres wichtiges grünes Ziel ist die Fahrradmitnahme auch in den Hochgeschwindigkeitszügen, so wie sie das EP mit sehr großer Mehrheit gefordert hatte. Im Eurostar, der zwischen Paris und London verkehrt, kann man sein Fahrrad mitnehmen. Im neuen Thalys, der von Paris über Brüssel nach Köln unterwegs ist, wird es ein Mehrzweckabteil auch für Fahrräder geben und die alten Thalys-Züge werden nachgerüstet. Während im französischen TGV-Hochgeschwindigkeitszug von Stuttgart nach Paris das Fahrrad bereits mitgenommen werden kann, ist dies im ICE

von Frankfurt/Main nach Paris nicht möglich. Bisher zeigte die DB AG kein Interesse an der Fahrradmitnahme im ICE, obwohl sich Bundestag und Bundesrat - einstimmig - dafür ausgesprochen hatten.

Nun hat sich aber auch die DB AG bewegt und angekündigt, dass die neuen ICx-Züge ein Multifunktionsabteil bekommen, das Reisenden im Rollstuhl, Eltern mit Kinderwagen sowie acht Fahrrädern ausreichend Platz bietet. Diese Züge werden ab 2016 zum Einsatz kommen.

Ende 2010 haben EP und Rat beschlossen, die Fahrgastrechte auch auf die Busreisenden auszuweiten. Allerdings ist das Ergebnis mager: Einen wirksamen Schutz der Passagiere im europäischen Busverkehr wird es erst ab einer Entfernung von über 250 km geben. Damit gelten auf den kürzeren und damit meisten Busstrecken in Europa keine umfassenden Fahrgastrechte. Beschämend ist, dass die Rechte der Menschen mit eingeschränkter Mobilität („Persons with Reduced Mobility“, PRM), sehr bescheiden sind: Verbindliche Ansprüche auf Assistenz im Busverkehr wird es nicht geben. Trotz einiger positiver Aspekte - wie der Schaffung unabhängiger Schlichtungsstellen, wie sie die Grünen forderten - wird damit die Einführung wirksamer Fahrgastrechte im Busverkehr verhindert.

Die Bundesregierung lehnt die vorgesehenen Ausweitungen des Anwendungsbereiches auf den Nah- und Regionalverkehr unter Hinweis auf die Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes ab. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/046/1704632.pdf>).

Die Fluggastrechte hat die Europäische Union bereits 2004 gestärkt. Den Fluggästen stehen Entschädigungen zu, jedoch erst bei einer Verspätung von fünf (!) Stunden. Diese Zeit hat der EuGH auf drei Stunden reduziert, was aber immer noch erheblich lascher ist als bei der Eisenbahn. Zudem ist in Deutschland für Schlichtungen das Luftfahrtbundesamt (LBA) zuständig; ein Musterbeispiel für erfolgreiches Lobbying der Fluggesellschaften. Die Europäische Kommission kennt die enormen Lü-

cken bei der Durchsetzung seit langem und hätte Rügen erteilen oder Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedsstaaten einleiten müssen.

Daher ist die angekündigte Überarbeitung der Fluggastrechte-Verordnung ausdrücklich zu begrüßen. Die Verordnung hatte von Beginn an einige Schwächen. Die Grünen planen, sich an der angekündigten Konsultation zu beteiligen.

Bei der Bundesregierung herrscht indes überhaupt kein Problembewusstsein. Dabei belegen exklusive Studien, dass täglich hunderte von Passagieren einen Anspruch auf Leistungen haben, jedoch nur wenige diese auch tatsächlich erhalten. Wir Grünen fordern eine Vereinheitlichung der zahlreichen reiserechtlichen Verordnungen zu einem gemeinsamen Rechtsakt und - analog zum Schienenverkehr - die Einrichtung einer wirklich unabhängigen Schlichtungsstelle. Ein entsprechender grüner Antrag ([http://dip21/btd/17/040/1704041.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/040/1704041.pdf)), der dieses Problem beheben sollte, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Wir wollen gleiches Recht für alle Verkehrsarten, was die Zeit der Verspätungen und auch die Höhe der Entschädigungen betrifft.

Und - obwohl Brüssel manchmal auch weit weg erscheinen mag - wer das nächste Mal mit dem Zug nach München fährt und für zwei Stunden Verspätung den halben Fahrpreis erstattet bekommt, der möge an das Europäische Parlament denken: Denn gegen Rat und Kommission hat das EP diese Regelung mit Unterstützung der Grünen durchgesetzt!

Michael Cramer MdEP

Michael Cramer ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der Grünen im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Geboren 1949 Gevelsberg/Westfalen ist er 2004 in das Europaparlament gewählt worden und seit 1986 Mitglied der Bezirksgruppe der Grünen in Neukölln.

PLATZ DER STADT HOF:

Breite Bürger_innenbeteiligung beim Umbau

Viele Neuköllner_innen kennen den Platz der Stadt Hof gar nicht. Kein Wunder - ist er doch eher eine zufällige Restfläche vor der Sparkasse an der Karl-Marx-Straße und kann kaum als Platz bezeichnet werden. Er lädt bisher nicht zum Verweilen ein, ist ungemütlich und laut, der Verkehr dominiert, weder die öffentliche Wall-Toilette noch der Imbiss sind städtebauliche Highlights.

Das wird sich nun ändern. Im Rahmen der Vorbereitung der Sanierungsmaßnahmen hat es einen zweistufigen Wettbewerb gegeben, aus dem das Büro el:ch als Sieger hervorging. Nach dessen Entwurf wird der Platz deutlich größer sowie fußgänger- und radfahrerfreundlicher. Die Ganghoferstraße wird nach dem Umbau keine Anbindung mehr an die Karl-Marx-Straße haben, Autofahrer können dann nur noch aus Richtung Osten in die Richardstraße einbiegen, die frei werdende Fläche wird dem Platz zugeschlagen. Der letzte Abschnitt der Ganghoferstraße und der Abbiegebereich in die Richardstraße werden eine Mischverkehrsfläche, auf der Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger gleichberechtigt sind.

Der Platz selbst wird unter Leitung der Künstlerin Nadia Kaabi-Linke neu gestaltet. Das Projekt „Meinstein“ soll die Vielfalt der Kulturen in Neukölln symbolisieren. Der Platz wird nicht wie üblich mit einem

einheitlichen Stein gepflastert, sondern Bürger_innen unterschiedlicher Herkunft haben jeweils „ihren“ Stein für die Pflasterung ausgesucht. Um das praktisch umzusetzen, haben elf Workshops mit interessierten Bürger_innen stattgefunden. Die Ergebnisse wurden am 22. Mai auf dem Platz der Stadt Hof der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit dem Umbau soll im Jahr 2012 begonnen werden.

Bereits an der Formulierung der Wettbewerbsaufgabe waren die Bürger_innen über eine Lenkungsgruppe beteiligt. Die Wettbewerbsbeiträge wurden den Bürger_innen vor der Sitzung des Preisgerichts vorgestellt, damit ihre Meinungen in die Entscheidung einfließen konnten. In die Umsetzung der Planung werden auch die Ergebnisse von Schülerworkshops einbezogen. Eine derart breite Bürger_innenbeteiligung an einem Planungsprozess ist für Neuköllner Verhältnisse ungewöhnlich. Wir Grüne hoffen und werden uns dafür einsetzen, dass diese bürgernahe Art der Planung auch in Zukunft fortgesetzt wird.

Mehr Informationen zur Gestaltung des Pflasters gibt es unter www.meinstein-neukoelln.de. Informationen zur Umgestaltung der Karl-Marx-Straße unter www.aktion-KMS.de.

Willi Laumann

Giftmüll, bedrohte Tiere und Vandalismus in ehemaligen Kleingärten

BUND Berlin und Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS) haben auf der geplanten Trasse der A 100 in den ehemaligen Kleingärten an der Sonnenallee und am Mergenthalerring umfangreiche Verstöße gegen Boden- und Grundwasserschutz festgestellt. Die illegalen Ablagerungen von Asbest, chemischen Abfällen, Elektroschrott und Plastikmüll gefährden Boden und Wasser. Frösche, Molche und Vögel können vergiftet werden. Bei der Einzäunung wurden rücksichtslos Bäume gefällt und Froschteiche zugeschüttet.

Seit November 2010 sind die wegen der geplanten Stadtautobahn gekündigten Kleingärten der Verwahrlosung und dem Vandalismus preisgegeben. Verantwortlich für diesen Zustand ist die Senatsverwaltung, die schnell noch vor den Wahl-

en Fakten schaffen wollte. Dieser Umweltskandal lässt befürchten, dass auch bei Nichtbau der A 100 die Fläche nicht mehr für Kleingärten oder als Grünfläche erhalten bleibt. BUND und BISS fordern eine sofortige umwelt- und naturgerechte Sanierung. Nach erfolgter Wiederherstellung soll das Gelände für die ökologisch-gärtnerische Nutzung an Bürgerprojekte wie Gemeinschafts-Gärten übertragen werden.

Die Fraktion der Grünen in der BVV Neukölln hat bereits im März und Mai 2011 auf die Missstände hingewiesen - bislang ohne Reaktion durch Bezirksamt Neukölln oder Senat!

Bertil Wewer
Mitglied des Vorstandes
Grüne Neukölln

Tempelhof – IGA, IBA, blablabla!?

Die Zukunft des Tempelhofer Feldes beschäftigt die Menschen dieser Stadt und vor allem die Bewohner_innen der angrenzenden Bezirke. Doch je mehr Zeit vergeht, desto unklarer werden die vom rot-roten Senat vorgestellten Konzepte. Für Bündnis 90/Die Grünen ist klar: Das Tempelhofer Feld ist für alle da!

Die IBA – unkonkreter geht es kaum

Ein Scheinriese wandelt durch Berlin: Es ist die IBA – die Internationale Bauausstellung 2020! Je näher man sich ihrem Konzept nähert, desto kleiner wird der Informationsgehalt. Zunächst hieß es, eine IBA würde sich auf das Tempelhofer Feld konzentrieren, unter Umständen unter Einbeziehung der Altbau-Quartiere an der Oderstraße und im Schillerkiez. Dann hieß es, eine IBA müsse deutlich darüber hinausgehen, auch

städtische Probleme wie den Umgang mit den (Spree-)Ufern umfassen und inzwischen scheint sogar nicht mehr ausgeschlossen, dass eine IBA auch ohne das Tempelhofer Feld stattfinden kann. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die IBA – sofern sie beschlossen werden sollte – nicht auf Neubauten auf dem Tempelhofer Feld setzt, sondern die bestehenden Quartiere mit einbezieht und die Entwicklung neuer Ideen für eine soziale, ökologische und bildungspolitische Stärkung der Innenstadtquartiere in den Mittelpunkt stellt. Die Weite des

Feldes muss auf jeden Fall erhalten bleiben!

Die IGA – mehr als eine teure Grundstückswertsteigerung

Als der Flughafen Tempelhof schloss, stellte der Senat (viel zu spät) erste Ideen für das Tempelhofer Feld vor. Neben den von uns begrüßten Zwischen- und Pioniernutzungen, zählte dazu die IGA – die Internationale Gartenausstellung, die nun im Jahre 2017 im nördlichen Teil des Tempelhofer Feldes stattfinden soll.

Bündnis 90/Die Grünen betrachten die IGA mit einem frohen und einem kritischen Auge. Kritisch vor allem, weil eine IGA nicht als reine wertsteigernde Zwischennutzung für eine spätere Bebauung erhalten darf. Auch muss ausgeschlossen werden, dass nach dem IGA-Jahr Eintrittsgelder erhoben werden. Das Tempelhofer Feld ist seit seiner Öffnung von den Bewohner_innen der angrenzenden Kieze und weit darüber hinaus sehr gut angenommen worden, gerade weil es leicht und kostenlos zugänglich ist. Das muss auch so bleiben! Das Tempelhofer Feld muss – anders als derzeit – auch nach Einbruch der Dämmerung geöffnet bleiben.

Die Weite des Feldes darf nicht verbaut werden

Wir von Bündnis 90/Die Grünen richten uns gegen eine Bebauung in-

nerhalb des Parkway-Rings. Unseres Erachtens ist es nicht hinnehmbar, dass der Senat nun plant, den Parkway an der Oderstraße in das Feld hinein zu verlegen, um mehr Baufläche zu haben! Jede Bebauung, die einen Riegel zwischen dem Schillerkiez und dem Feld bildet, lehnen wir ab. Weiterhin sind wir gegen den Bau des Columbia-Quartiers im Norden, da wir die Flächen gemeinsam mit den Anwohner_innen gestalten wollen, anstatt sie meistbietend an Investoren zu verkaufen. Priorität hat für uns auf Neuköllner Gebiet die Errichtung sozialer Infrastruktur, wie beispielsweise Bildungseinrichtungen und (Schul-)Sportanlagen.

Matthias Holland
AG Stadtentwicklung

UNTER DER LUPE



Verantwortung am 18. September

Rote und Schwarze in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln haben mehr als ein Jahrzehnt lang versucht, die Schutzwürdigkeit der Kleingartenkolonien am Mergenthalerring gegenüber dem Moloch „Autobahnverlängerung“ nach Treptow zu torpedieren, indem sie behaupten, das gesamte Gelände der Kolonien sei mit Schadstoffen vielerlei Art kontaminiert.

Auch wenn die Beweisführung mehr als lückenhaft war, wurden doch Neuköllner Gesundheitsstadträte - die letzten drei waren bzw. sind CDU-Mitglieder - nicht müde, die Laubentwässerung aufzufordern, auf den Verzehr ihrer Tomaten, Gurken, Kohlköpfe und Salate eher zu verzichten und ihre Schollen lieber der Planung für eine Autobahntrasse zu überlassen - ausgerechnet wegen der hohen Belastung ihrer Äcker mit den Überresten vergangener Gewerbe- und Industrietätigkeit in diesem Gebiet.

Die Mehrzahl der Kolonien am Mergenthalerring sind inzwischen wegen der geplanten Autobahnverlängerung von Neukölln zur Treptower Elsenstraße geräumt und damit tot. Posthum scheint sich nun die bezirksamtlich behauptete Schadstoffbelastung zu bestätigen. BUND und BISS machen in einer gemeinsamen Presseerklärung darauf aufmerksam, dass die „Anlagerung von Asbestabfällen, Chemikalien sowie Elektroschrott in einer ehemaligen Gartenkolonie ... umfangreiche Verstöße gegen Boden- und Grundwasserschutz“ zeigen. Seit die Kleingärten gekündigt und im vergangenen Jahr geräumt wurden, sind die Flächen sich selbst und einigen „Dreckschweinen“ überlassen, die sich da von Unrat, Schrott und allerlei Umweltgiften befreien.

Verantwortlich für den Zustand des Geländes ist nicht der Bezirk, nicht der Senat, sondern der Bund - und der hat die Verwaltung dieses Übels an den Berliner Senat delegiert. Beide, Senat und Bund, wollen dort ja die ebenso teure wie unsinnige Autobahn bauen, deshalb sind beide in der Verantwortung. Die Wahl am 18. September bietet den Berlinerinnen und Berlinern die Chance, diese Verantwortung einzuklagen und zudem die Flächen am Mergenthalerring nach einer umfassenden Sanierung wieder möglichst kleingärtnerischer, grüner Nutzung zurück zu geben. Ein Betätigungsfeld für Neuköllner Grüne, die ja im bisherigen Verfahren den Bezirken Treptow-Köpenick und Friedrichshain Kreuzberg oft den „Vortritt“ gelassen haben.

Meint
Jürgen Biele

Der Berliner Straßenchor

„Ein Chor gibt seinen sozial benachteiligten Mitgliedern neuen Lebensmut“. So wird der Straßenchor Berlin in der Preisträgerliste des Bundeswettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen 2011“ beschrieben. Der Straßenchor Berlin ist - ähnlich wie die „Schattenlichter“ in Hamburg oder das „Stimmgewitter“ in Wien - ein Chorprojekt für Obdachlose und sozial Randständige. Ins Leben gerufen wurde der Straßenchor Berlin im Sommer 2009 von dem Berliner Pianisten und Kammerchorleiter Stefan Schmidt. Für Schmidt war die Idee eine Herausforderung: Kann man innerhalb kurzer Zeit einen Chor aus sich fremden und ungeübten Sänger_innen zusammenstellen und ein konzertfähiges Programm einstudieren? Man kann! Das (vorläufige) Abschlusskonzert im Dezember 2009 an der UDK Berlin wurde ein großer Erfolg.

Wer sind die Sänger_innen in diesem eher ungewöhnlichen Chor? Menschen, die in unserer erfolgs- und jugend-fokussierten Gesellschaft als uninteressant gelten: Obdachlose, Langzeitarbeitslose, Hartz IV-

Empfänger_innen, Rentner_innen, Drogenabhängige - alle im Alter zwischen etwa 20 bis über 60. Im Gemeindehaus der Berliner Zwölf-Apostel-Kirche bekamen die etwa 40 Sängerinnen und Sänger einen Raum. Hier finden jedoch nicht nur die wöchentlichen Proben statt, sondern auch ein gemeinsames Abendessen nach jeder Probe. So entsteht Gemeinschaft nicht nur durch das gemeinsame Singen, sondern auch durch die gemeinsame Mahlzeit und die Gespräche. Eine Herausforderung war es für die Chormitglieder trotzdem: Das lange Stehen während der Proben und die ungewohnte Konzentriertheit bereitete einigen zu Anfang Schwierigkeiten. Auch für den Chorleiter gab es Ungewohntes, auf das er sich einstellen musste: Die Mitglieder seines Laienchors verhielten sich etwas weniger geordnet, mal wurde laut geredet, mal kamen Hunde mit in die Probe. Aber all diese Hürden konnten bewältigt werden und am Ende stellte sich wohlverdient der Erfolg ein.

Auf das erste Konzert im Dezember 2009 an der UDK Berlin folgten 2010 einige Auftritte, die das Image

des Chores festigten und ihn bekannter machten. Darunter waren ein Auftritt bei der Auftaktveranstaltung gegen Armut in der Heinrich-Böll-Stiftung, ein Besuch bei Carmen Nebel oder auch ein Konzert im Mercedes Benz Nutzfahrzeug-Zentrum der Niederlassung Berlin. Die Förderung wurde auch für 2011 bewilligt, und so gab es in diesem Jahr bereits Auftritte. Die nächsten Konzerte finden am 11. Juni beim Arbeitslosenverband in Potsdam oder am 3. Juli zum 1. Benefiz-Marathon im Kurpark Thermalbad Wiesbaden statt.

Was macht den Straßenchor so besonders? Menschen, die zumeist vom Leben nicht gerade verwöhnt wurden, zeigen ihren Zuhörer_innen, dass sie etwas zu bieten haben. Sie singen nicht, um sich zu profilieren oder in den Vordergrund zu stellen. Sie singen, weil sie im Gesang neue Lebensfreude, ein neues Ziel gefunden haben. Mit ihrem Engagement rücken sie vom Rand in die Mitte der Gesellschaft. Dabei soll ihre persönliche Situation unwichtig sein - bedeutsam ist das, was sie ihrem Publikum anbieten: guter Gesang und au-

thentische Chorstücke. Sie wollen den Respekt ihres Publikums verdienen und nicht geschenkt bekommen. Sie wollen echte Erfolgserlebnisse, und im Rahmen des Projekts „Der Berliner Straßenchor“ wird dies möglich. Der Berliner Straßenchor bietet einen würdevollen Weg zurück in die Gesellschaft, unauffällig, und ohne die Integrität der Sängerinnen und Sänger zu verletzen. Sicher steht hinter jeder Sängerin und jedem Sänger eine persönliche Geschichte, die möglicherweise im Gesang mitschwingt und die sich auch etwas im Erscheinungsbild des Chores ablesen lässt. Bei den Auftritten jedoch steht der Chor für Kulturgenuß, der seinem Publikum die Seele wärmt und seinen Applaus redlich verdient. Auf diese Weise erfahren die Sängerinnen und Sänger eine Wertschätzung und Anerkennung, die ihnen vermittelt: „Du bist ein Teil unserer Gesellschaft. Danke, dass Du meinen Tag verschönt hast.“

Im Internet finden Sie den Berliner Straßenchor unter www.derstraassenchor.com.

Monika Roth

CAMPUS RÜTLI

Neubau der Quartierssporthalle feierlich gestartet



Am 20. Mai war einiges los in der Rütlistraße: Aufgeregte SchülerInnen der auf dem Campus vertretenen Schulen, AnwohnerInnen sowie ein repräsentativer Querschnitt der Neuköllner und Berliner Politprominenz drängten sich zwischen den Ständen sozialer Träger, Elternvereine, Kiezinitiativen und des Jugendclubs Manege, auf der Bühne stand eine Schülertrommelgruppe.

Gegen halb zwölf war es dann so weit: Schulstadträtin Franziska Giffey eröffnete den Reigen mehr oder weniger prominenter RednerInnen,

darunter der Bezirksbürgermeister und VertreterInnen zweier Senatsverwaltungen, auch die Schirmherrin des Projekts, Frau Christina Rau.

Alle betonten ihre Freude über die Entwicklung des Campus Rütli in den vergangenen Monaten und beschworen eine mehr oder weniger rosige Zukunft. Natürlich wurde die Veranstaltung ausgiebig von verschiedenen SPD-PolitikerInnen genutzt, um wahlkampfwirksam den ersten Spatenstich zu zelebrieren. VertreterInnen der Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen oder der An-

wohnerschaft kamen leider nicht zu Wort.

Anwohnerinnen und Anwohner wollen stärker beteiligt werden

Gerade die AnwohnerInnen betrachten die Aktivitäten jedoch mit einiger Skepsis. Ihre Bemühungen, während der gesamten Projektlaufzeit in die Umsetzung der Planungen einbezogen zu werden, wurden in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen in der BVV vom Bürgermeister schroff zurückgewiesen. Immerhin

hatte sich wenigstens die Bildungstadträtin in einem Workshop des Quartiersmanagements Reuterplatz mit den Vorschlägen der AnwohnerInnen zur räumlichen Gestaltung des Campus auseinandergesetzt.

Auch die NutzerInnen der Kleingartenkolonie „Hand in Hand“ versuchten, den Lauf der Dinge noch einmal zu beeinflussen und ihre Anlage zu retten, indem sie die Grünflächen als natürlichen Bestandteil der Campusentwicklung ins Spiel brachten. Leider überlegten sie sich das ein wenig zu spät, denn in der Vergangenheit hatte sich die Kolonie eher vom Umfeld abgeschottet und damit wenig Sympathien gesammelt.

Die Multifunktionshalle, die nicht nur Schulen und Vereinen für den Sport, sondern auch der umliegenden Wohnbevölkerung für Feste und Veranstaltungen zur Verfügung stehen soll, ist jedenfalls eine Bereicherung angesichts der mangelhaften Versorgung des Ortsteils mit Sport- und Veranstaltungsstätten. Sie ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu besseren Bildungschancen für Kinder und Jugendliche in Nordneukölln, den wir Grünen weiterhin positiv begleiten und unterstützen werden.

Bernd Szczepanski
BVV-Fraktionsvorsitzender

Wahllokale gesucht für: „JedeStimme2011“

Anders als in einigen unserer europäischen Nachbarländer haben Berlinerinnen und Berliner ohne deutschen Pass auch nach vielen Jahren Aufenthalt hier kein Wahlrecht. Aufgrund des Maastrichter Vertrages von 1992 dürfen zwar seit 1995 Ausländerinnen und Ausländer mit EU-Pässen hierzulande immerhin an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen, aber nicht an Wahlen für das Abgeordnetenhaus. Menschen aus „Drittstaaten“ (also weder Deutschland noch einem EU-Land) können gar nicht wählen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen einen erneuten Vorstoß unternehmen,

um zumindest auf Bezirksebene ein Wahlrecht auch ohne deutschen Pass zu ermöglichen. Unsere Abgeordnete Canan Bayram hat am neunten Februar diesen Jahres einen entsprechenden Antrag gestellt (Drucksache 16/3860) - darüber wird aber bis zu den Wahlen im September nicht entschieden sein.

Wir unterstützen daher die Aktion „JedeStimme2011“, eine Kampagne der Vereine „Jede Stimme e.V.“ und „Citizens For Europe e.V.“. Nach dem Vorbild der U18-Wahlen soll eine symbolische Wahl für Ausländerinnen und Ausländer durchgeführt werden. Die beiden Vereine

suchen dafür Vereine, Einrichtungen und Institutionen, die ihre Räume als „Wahllokale“ zur Verfügung stellen, Wahlkabinen aufstellen und Stimmen auszählen. Wahlunterlagen, also symbolische Stimmzettel, werden von den Initiator_innen erstellt. Bei der Organisation gibt es Anleitungen und Unterstützung von „Citizens For Europe e.V.“.

Je mehr Organisationen sich an dieser Aktion beteiligen, desto größer wird auch die öffentliche Aufmerksamkeit sein. Die Ergebnisse der U18-Wahlen werden seit Jahren kurz vor den Wahlen veröffentlicht und keine Partei kommt mehr darum herum,

ihre Ergebnisse zu kommentieren. Wenn Sie sich mit Ihrem Verein oder Ihrer Institution beteiligen möchten, wenden Sie sich an:

www.citizensforeurope.org oder
www.jedestimme2011.de.

Eine wichtige Initiative - und wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Susanna Kahlefeld

Susanna Kahlefeld ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Migration. Sie ist unsere Direktkandidatin für den Wahlkreis 2 und kandidiert außerdem auf Platz 33 der Landesliste für das Abgeordnetenhaus.